

# Europa allein zuhause?

## Der US-Schwenk nach Asien und seine Folgen für den „alten Kontinent“

Sven Bernhard Gareis\*

**Abstract:** Is Geopolitics back? By visiting four important Asian states in April 2014 President Barack Obama gave new momentum to his long-proclaimed pivot to the Pacific region. The gradual drawdown of U.S. interest in Europe poses new challenges to the 'old continent' while opening new opportunities at the same time. Europe will now have to carry more of the burden of its own security. A European Union, however, that takes the necessary efforts to overcome its foreign policy divides may become better situated to improve stability and enhance peaceful relations in its area of influence. A stronger Europe could increase its political commitment in Asia, not only by supporting the U.S. in its difficult task as a regional security broker, but also to pursue its vital economic interest in the region, especially vis-à-vis a rising China. The U.S. pivot is not about forsaking the Europeans. It is a wake-up call for the European countries to continue the path of deeper integration to eventually become a unified global actor. If they fail to achieve that goal they might be ending up as an assembly of marginalized political dwarfs.

**Keywords:** U.S. pivot to Asia, transatlantic relations, Europe and Asia, European Common Foreign and Security Policy

**Stichworte:** US-Schwenk nach Asien, transatlantische Beziehungen, Europa und Asien, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

### 1. Einführung

Die Ukraine-Russland-Krise hatte mit der russischen Eingliederung der Krim gerade einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, als US-Präsident Barack Obama vom 22. bis 29. April 2014 seine große Asienreise durchführte, um mit Japan, den Philippinen und Südkorea drei enge Verbündete sowie Malaysia als einen weiteren wichtigen Akteur in Südostasien zu besuchen. Die Botschaft der Reise war klar: Dem Präsidenten ist es ernst mit seiner 2011 verkündeten politischen Schwerpunktverlagerung in den asiatisch-pazifischen Raum (Obama 2011). An seinem Willen, diesen in den nachfolgenden Debatten gerne als *pivot to Asia* oder *rebalancing* bezeichneten Schwenk auch zu realisieren, hatte es in den zurückliegenden Jahren durchaus Zweifel gegeben. Nachdem Obama im Oktober 2013 wegen des innenpolitischen Ringens um den US-Haushalt abgesagt hatte, nährte vor allem China Bedenken in der Region bezüglich der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Engagements. Bezeichnend ist insoweit das traditionelle „Familienfoto“ zum Abschluss des APEC-Gipfels 2013 auf der indonesischen Insel Bali, auf dem Chinas Staatschef Xi Jinping sich gemeinsam mit Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono und Wladimir Putin im Zentrum der 21 APEC-Vertreter präsentierte, während US-Außenminister John Kerry geradezu an den äußersten rechten Bildrand gedrängt wirkte. In den USA selbst fragte nicht nur die republikanische Opposition nach substantziellen Schritten in Richtung Asien. In Europa, wo ohnehin viele gehofft hatten, dass die USA ihr Interesse an ihrem besten Verbündeten nicht verlieren würden, wurden Stimmen nach einem ökonomischen „pivot to Europe“ (Wergin 2014) laut. Angesichts des gewaltsamen Drucks auf die Ukraine verlangten insbesondere die osteuropäischen Verbündeten auch eine wieder verstärkte Militärpräsenz der USA. Das gerade Letzteres eintreten wird, darf als äußerst unwahrscheinlich gelten. Schon im Libyen-Konflikt 2011 ließen sich die USA nur widerwillig zur Übernahme einer (reduzierten) Führungsrolle bewegen. Zudem hält sich die USA in Syrien und im Nahost-Konflikt bedeckt und zeigt – schon um eine Eskalation

mit Russland zu vermeiden – auch in der Ukraine-Krise nur ein geringes militärisches Profil: Achtzehn Kampffjets auf polnischem und litauischem Boden sind keine Kräfte, die anderswo fehlen würden (McManus 2014).

Tatsächlich dürfte ein wesentlicher Grund für Obamas Hinwendung nach Asien darin bestehen, dass der „*unipolar moment*“ (Krauthammer 1990/91), also eine Weltordnung unter amerikanischer Patronage, vorüber ist. In einem sich beschleunigenden Prozess geopolitischer Machtverschiebungen verfolgen aufstrebende Akteure, allen voran China, aber auch Indien und Brasilien, immer zielstrebigere ihre Interessen und formulieren immer selbstbewusster ihre eigenen Gestaltungsansprüche an das internationale System. Die amtierende Weltmacht hingegen – geschwächt durch zwei nicht zu gewinnende Kriege in Afghanistan und im Irak und gedrückt durch eine dramatische Schuldenlast – muss zur Aufrechterhaltung ihrer Machtposition zunehmend die Kräfte bündeln und sich bei der Wahrnehmung ihrer Rolle verstärkt auf regionale Partner und Bündnisse verlassen. Vor allen Dingen aber muss sie strategische Prioritäten setzen: Um die Handlungsspielräume der sich dynamisch entwickelnden und zunehmend als Herausforderung für die eigene globale Dominanz angesehenen Volksrepublik China begrenzen zu können, müssen die USA politische und militärische Kapazitäten aus anderen Teilen der Welt abziehen. Vor diesem Hintergrund ist die Ausrufung Amerikas pazifischen Jahrhunderts durch US-Außenministerin Hillary Clinton (Clinton 2011: 42) nicht unbedingt als Ausdruck selbstbewusster Stärke zu werten. Vielmehr wird deutlich, dass die USA ihre Vormachtrolle nicht mehr in allen Weltregionen mit der gleichen Intensität ausüben können.

Auch wenn die USA weiterhin an einer engen Partnerschaft mit ihren alten Verbündeten interessiert bleiben, stellt der amerikanische Schwenk gen Pazifik für Europa zweifellos

\* Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis ist Deputy Dean und Director Resident Courses am George C. Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen.

eine Herausforderung, zugleich aber auch eine Chance dar: Jahrzehntlang konnte sich der ‚Alte Kontinent‘ in der komfortablen Position als Konsument einer maßgeblich durch die USA garantierten regionalen und globalen Sicherheit einrichten. Die europäischen Verbündeten konnten sich auf ihre erfolgreiche ökonomische Entwicklung konzentrieren und zudem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts im Zuge drastischer Streitkräftereduktionen und Kürzungen in den Verteidigungsbudgets zusätzlich eine deutliche Friedensdividende einfahren. Die neuen geopolitischen Machtverschiebungen werden Europa jedoch vor die Aufgabe stellen, in deutlich höherem Maße als bislang für seine sicherheitspolitischen Interessen sorgen und hierfür geeignete Strategien und Instrumente entwickeln zu müssen. Dies gilt nicht nur für die eigene Region: Europa ist eine globale Wirtschafts- und Handelsmacht, die eng mit dem asiatisch-pazifischen Raum und seinen rasant wachsenden Märkten verflochten ist. Europa hat daher auch ein überaus vitales Interesse an Sicherheit und Stabilität in Asien – ohne dort jedoch einen entsprechenden politischen Einfluss ausüben zu können. Wenn Europa also nicht auf die Rolle als Zaungast einer durch die Beziehungen zwischen den USA und China dominierten Weltordnung reduziert werden will, wird es seine ökonomischen Interessen durch größere politische Einigkeit sowie ein stärkeres Engagement nicht nur im regionalen, sondern zunehmend auch im globalen Rahmen zu untermauern haben.

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, welche Folgen sich für Europas gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ergeben, und welche Konsequenzen die Europäer hieraus für ihre zukünftige Rolle auf der Bühne der Weltpolitik ziehen sollten.

## 2. Die USA als pazifische Macht

Was in der europäischen Sicht auf die transatlantischen Beziehungen häufig nicht hinreichend beachtet wird ist, dass die USA trotz ihres starken Engagements in Europa während des Ost-West-Konflikts, in den sich anschließenden Transformationsprozessen im postsowjetischen Raum und schließlich den schwierigen Bemühungen um die Befriedung des westlichen Balkan nach dem Zerfall Jugoslawiens immer auch eine pazifische Macht waren und sind.

Beginnend mit der wirtschaftlichen Verflechtung vor allem mit China im frühen 19. Jahrhundert entwickelten sich rasch grundlegende politische Interessen, die ein fortschreitendes politisches und immer wieder auch militärisches Engagement nach sich zogen. Spätestens seit ihrem im Dezember 1941 durch den japanischen Angriff auf Pearl Harbour erzwungenen Eintritt in den Zweiten Weltkrieg sind die USA eine der entscheidenden Gestaltungsmächte im pazifischen Raum. Während des Kalten Krieges handelten sie dort teils erfolgreich (Korea-Krise 1950-53), teils mehr als unglücklich (Vietnam) sowie teils überaus pragmatisch (Annäherung an China in den frühen 1970er Jahren) und trugen so zu jener eigentümlichen Stabilität bei, die sich in dieser Ära aus Macht- und Gegenmachtbildung auf der Grundlage einer durch massive Gewaltandrohung unterlegten Abschreckung ergab. Seit dem

Ende des Ost-West-Konflikts agieren die USA insgesamt mit einer flexiblen, stark auf bilaterale Verbindungen abgestützten Politik (Czempiel 1992) als die dauerhaft eine Art *pax americana* garantierende Vormacht, die bei aller durchaus kritischen Wahrnehmung ihrer Rolle durch viele regionale Anrainer als unverzichtbar angesehen wird. Insbesondere die – als Begleiterscheinung des US-japanischen Verteidigungsbündnisses einhergehende – Einhegung des in der Region noch immer vielfach argwöhnisch beobachteten Japans und seiner potenziellen Macht oder die starke Präsenz auf der koreanischen Halbinsel, die nordkoreanischen Zündeleyen immer wieder Grenzen setzte, unterstreichen die ordnungsstiftende Rolle, welche die USA im Westpazifik spielen.

Befreit von den Fesseln der bipolaren Weltordnung hat sich der asiatisch-pazifische Raum in den letzten zwei Dekaden zum *powerhouse* der Weltwirtschaft entwickelt, das der gesamten Region ökonomisches Wachstum und Wohlstand in einem bislang ungekannten Ausmaß bescherte. Zugleich bietet die Region ein paradoxes Bild: Der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung und Interdependenz haben die Staaten keine gemeinsamen Sicherheitsstrukturen folgen lassen, durch welche die zwischen den Anrainern bestehenden territorialen Dispute, historischen Belastungen und strategischen Rivalitäten konstruktiv bearbeitet und Sicherheitsdilemmata überwunden oder zumindest gemildert werden könnten. Für den Umgang mit dieser komplexen Situation im asiatisch-pazifischen Raum haben die USA indes noch keine konsistente Strategie entwickelt – wozu nicht zuletzt die Absorption ihrer Kräfte in den unglücklichen Kriegen in Afghanistan und im Irak sowie gegen den Terrorismus beitrug. Insbesondere das Verhältnis zu China, der wichtigsten und größten aufsteigenden Macht blieb äußerst ambivalent, schwankend zwischen Partnerschaft und Rivalität bei gleichzeitiger engster Verflechtung.

## 3. Herausforderung China

Auch wenn in offiziellen Stellungnahmen und Dokumenten der US-Regierung immer vom Interesse an einem prosperierenden China die Rede ist, das seine internen Probleme erfolgreich bewältigen möge, ist der *pivot to Asia* maßgeblich durch diesen Aufstieg Chinas bewirkt worden. Tatsächlich hat China, beflügelt durch seinen anhaltenden ökonomischen Erfolg seit der Jahrtausendwende eine deutliche Bewegung hin zu einer selbstbewussten, proaktiven und in vielen Bereichen auch robusten Außenpolitik sowohl auf der regionalen wie auch der globalen Ebene vollzogen. Die Volksrepublik verfolgt ihre Energie- und Rohstoffinteressen im globalen Maßstab immer nachdrücklicher, drängt in neue Foren wie den Arktischen Rat und stellt nicht nur in Afrika eine ernst zu nehmende Alternative zu den klassischen Financiers der multilateralen Entwicklungshilfe wie etwa der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds dar. Mit wachsender Sorge blicken viele Staaten zudem auf die seit Jahren steigenden Militärausgaben der Volksrepublik (2014 rd. 132 Mrd. US-Dollar) sowie auf die schwelenden Streitigkeiten zwischen China und Japan, Vietnam und den Philippinen über Inselgruppen im Ost- bzw. Südchinesischen Meer – die Auswirkungen möglicher Konfrontationen

in der Region würden wegen deren globaler Bedeutung auch in Europa deutlich zu spüren sein.

In einer klassischen machtzentrierten Betrachtungsweise wäre China als neuer Akteur aufzufassen, der Strukturveränderungen im internationalen System zu seinen Gunsten anstrebt und damit in Konkurrenz, möglicherweise auch Konfrontation mit den etablierten Großmächten des bestehenden internationalen Systems, insbesondere den USA, tritt. Dem jedoch stellt China seine Vorstellungen einer „harmonischen Weltordnung“ gegenüber, die – wie vom damaligen Staats- und Parteichef Hu Jintao 2005 vor der VN-Generalversammlung dargelegt – durch gegenseitige Achtung unterschiedlicher Kulturen, Kooperation und gegenseitigen Nutzen geprägt sein soll. Auch sein Nachfolger Xi Jinping betont immer wieder die Suche nach Gemeinsamkeiten zur Lösung internationaler Probleme. Mit seinen Konzepten von „friedlicher Entwicklung“ und „harmonischer Weltordnung“ beansprucht China für sich einen eigenen Exzeptionalismus, der andere strategische Ziele und Wege verfolgt als die Annahmen in den Weltbildern vieler westlicher Akteure über internationale Beziehungen.

Vor diesem Hintergrund ist das sino-amerikanische Verhältnis durch eine beachtliche Ambivalenz gekennzeichnet: Auf der einen Seite besteht eine tiefgehende gegenseitige Abhängigkeit. Die USA sind Chinas größter Handelspartner, Hauptabnehmer chinesischer Produkte und damit unverzichtbar für die weiterhin stark vom Export abhängige chinesische Industrie. Die gigantischen Handelsüberschüsse mit den USA (2013 rund US\$ 295 Mrd. aus einem Handelsvolumen von fast US\$ 530 Mrd., US Department of Commerce 2014: 30) hat China immer wieder in US-Anleihen angelegt. Damit finanziert China die amerikanischen Budgetdefizite mit und unterstützt zugleich die Liquidität des US-Bankensektors. Dieser kann dann amerikanischen Verbrauchern weiter Kredite gewähren, damit diese wiederum chinesische Produkte kaufen können. Auf der anderen Seite treten beide Länder einander mit unverhohlenen Misstrauen hinsichtlich ihrer jeweiligen Machtinteressen gegenüber. Die USA sehen in China die einzige ernst zu nehmende Herausforderung für ihre globale Vormachtstellung. China wiederum sorgt sich darum, dass die USA seine weitere Entwicklung verlangsamen oder gar unterbrechen könnten, unterstellt der Weltmacht, durch ihren Schwenk in erster Linie ein *containment* Chinas im Auge zu haben, und wappnet sich entsprechend auch auf militärischem Gebiet (Nathan/Scobell 2012).

Tatsächlich erscheint diese Sorge nicht völlig abwegig. Bereits auf dem Treffen des ASEAN Regional Forums (ARF) 2010 in Hanoi hatte US-Außenministerin Clinton erklärt, eine multilaterale Regelung der Territorialdispute in der Südchinesischen See sei ein nationales Interesse der USA, und damit Chinas neutralistischen Punkt der Achtung seiner Souveränitätsansprüche getroffen (Landler 2010). Die Ankündigungen Obamas vom November 2011, als Zeichen des neuen US-Engagements zunächst 2.500 Marines dauerhaft in Australien (Obama 2011) sowie die Entscheidung, zwei Drittel der US-Flugzeugträgergruppen im pazifischen Raum zu stationieren, sind starke militärische Signale, die in Beijing mit Besorgnis registriert werden. Mit seiner Position, im sino-japanischen Streit um die Senkaku/Diaoyu-Inseln nicht Partei zu ergreifen, einen möglichen Kon-

flikt aber als Beistandsfall auf der Grundlage des Verteidigungsabkommens zwischen den USA und Japan zu erklären, sendete Obama auch während seines Besuchs in Tokio im April 2014 doppeldeutige Botschaften in Richtung China (Obama/Abe 2014). Das kurz darauf mit den Philippinen abgeschlossene Enhanced Defense Cooperation Agreement (EDCA) erlaubt den USA eine militärische Nutzung philippinischer Basen (Thayer 2014) und wird von der Volksrepublik ebenso als ein Beispiel für ein *hedging against China* angesehen, wie das Streben der USA, China bei der Errichtung der Trans-Pacific Partnership (TPP), einem Freihandelsabkommen zwischen den meisten Pazifikanrainern, außen vor zu lassen.

Bezogen auf Chinas Rolle im Prozess des *US-rebalancing* merken Lai und Stevens in einer ausführlichen Analyse nachvollziehbar an: „Chinese leaders had just two options for interpreting these statements. They could have either naively assumed that the United States would execute a costly foreign policy initiative in the region without choosing to put special focus on the region's most influential member, or they could have more logically assumed that the United States was making plans to impede China that it desired to hide. By refusing to acknowledge that China's rising prominence was what made the region more deserving of U.S. attention, the administration appeared hostile and deceitful despite its peaceful promulgations. This rhetorical mistake closed many doors to peaceful negotiation and has contributed to the region's growing polarization“ (Lai/Stevens 2014). So kann eine gefährliche Gemengelage entstehen, die alle Voraussetzungen für ein handfestes Sicherheitsdilemma mit sämtlichen riskanten Begleiterscheinungen bietet.

Die machtvollen Rückkehr auf die asiatisch-pazifische Bühne fordert den USA also einige politisch-diplomatische Finesse ab. Seit geraumer Zeit setzen starke nationalistische Strömungen nicht nur in China, sondern auch in Japan, Südkorea, Vietnam und den Philippinen in symbolisch aufgeladenen Streits über mehr oder minder bedeutende Inselgruppen im Süd- und Ostchinesischen Meer Washington unter Druck. Wollen die USA ihre stabilisierende Rolle in der Region verantwortungsvoll wahrnehmen, müssen sie mäßigend auf ihre Verbündeten in der Region einwirken bzw. sie zumindest auch nicht indirekt ermutigen, China in den Inseldisputen zu reizen und Reaktionen zu provozieren, die der internationalen Kooperation in Ost- und Südostasien noch größeren Schaden zufügen könnte als dies ohnehin schon der Fall ist. Mit trotzigsten Maßnahmen wie der Einrichtung einer Air Defense Identification Zone (ADIZ) über dem Ostchinesischen Meer Ende 2013 oder der Verankerung einer Ölplattform in von Vietnam beanspruchten Gewässern im Mai 2014 hat China gezeigt, dass es zu aggressiven Schritten in der Lage ist, die aufgrund völlig unzureichender Machtmittel eher aus einer Position der Unsicherheit heraus geführt werden (Ross 2012) und insgesamt eher zu einer Beschädigung langfristiger Interessen Chinas führen können (Gareis 2014).

Die oft als wichtigste des 21. Jahrhunderts bezeichnete Beziehung zwischen den USA und China kann als eine geradezu perfekte Interdependenz betrachtet werden – mit allen Chancen, aber auch den aus den Verletzlichkeiten resultierenden Risiken. In dieser Situation ist von beiden Seiten eine kluge



Ausübung von Macht erforderlich, die einen sanften Übergang von der *pax americana* hin zu einer stabilen regionalen Ordnung ermöglicht, zu der beide Mächte konstruktiv beitragen. Dies wäre – neben dem Wohl für die Region, die an einem Machtspiel zwischen China und den USA kein Interesse hat – wohl auch der Wunsch der Europäer, die in der asiatisch-pazifischen Region viele ökonomische Interessen haben, bislang aber über wenig politische Machthebel verfügen.

#### 4. Implikationen für Europa

Was bedeuten diese Entwicklungen schließlich für Europa? Aus europäischer Perspektive auf das globale Mächtekonzept zu blicken, heißt zunächst die Frage zu stellen, ob es eine gemeinsame Sichtweise überhaupt gibt. Die Europäische Union ist zweifellos eine globale Wirtschaftsmacht, die in der Summe ihrer 28 Mitgliedstaaten mehr als ein Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung erbringt. Aber ist die EU in politischer Hinsicht mehr als die Summe ihrer Teile, hat sie gemeinsame Politikansätze, die sie als kohärent auftretende (Groß-)Macht auf der internationalen Bühne erscheinen lässt? Zweifel sind angebracht; Europa ist in seinen Außenbeziehungen und auch im Spiel der großen Mächte noch immer mehr Potenzial denn tatsächliche Macht. Dies gilt im Hinblick auf die USA, aber gerade auch in Bezug auf China.

Mit Blick auf die USA war Europa lange an deren Rolle als ‚European Pacifier‘ gewöhnt, wie Josef Joffe dies einmal so treffend ausgedrückt hat. Daher entsprang die Zuschreibung eines exklusiven Charakters der transatlantischen Beziehungen stets eher europäischen, insbesondere auch deutschen Vorstellungen und weniger den realen Anforderungen an die Weltmachtrolle der USA. Nichtsdestoweniger aber waren und sind die Verbindungen mit dem alten Kontinent auch aus amerikanischer Sicht von besonderer strategischer Bedeutung, weisen die politischen Kulturen und Wertvorstellungen, Interessen und Sichtweisen auf die Welt doch sehr weitgehende gemeinsame Schnittflächen auf. Die USA werden, wenn auch mit reduziertem Engagement, weiterhin eine europäische Macht bleiben. Entsprechend gelassen und nüchtern fallen – bei aller Signifikanz dieses Schrittes – auch die europäischen Reaktionen auf die US-amerikanische Interessensverlagerung in den asiatisch-pazifischen Raum aus. Der Schwenk ist eher gradueller denn fundamentaler Natur, auch erscheint er angesichts der globalen Machtverschiebungen und des Aufstiegs von Mächten wie China durchaus folgerichtig und war daher auch erwartbar.

Mit Blick auf Asien und vor allem auf China ist festzuhalten, dass europäische Interessen groß, der politische Einfluss aber gering ist. Zwar ist die Europäische Union Dialogpartner beim wichtigsten regionalen Sicherheitsforum, dem ASEAN Regional Forum (ARF) und trifft auf dem Asia Europe Meeting (ASEM) regelmäßig mit allen wichtigen Staaten Ost- und Südasiens zusammen. Mit der Volksrepublik besteht seit 2004 eine „strategische Partnerschaft“, auch existiert mit dem EU-China-Gipfel ein eingespieltes Format, das die Spitzenpolitiker beider Seiten zu regelmäßigen Konsultationen zusammenführt. Ein EU-China Menschenrechtsdialog existiert seit 1997, zudem besteht ein dichtes Netzwerk von mehr als 50 Fachdialogen

von wirtschaftlichen über soziale Fragen bis hin zur Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten (Bräuner 2012). Die Volksrepublik jedoch kann EU-China-Dialoge und -Gipfel fast nach Belieben streichen, ihre Zahl reduzieren (so wird im Rahmen des Menschenrechtsdialogs seit 2012 nur noch eine Runde statt zuvor zwei pro Jahr durchgeführt) oder mit Bedingungen versehen – einfach weil sie dies eben kann und Europa dem wenig entgegenzusetzen hat. Die EU erscheint wenig kohärent im Vergleich zur trotz aller vorhandenen Schwächen in ihren Außenbeziehungen recht geschlossen und mit einer politischen Agenda auftretenden Volksrepublik. Der EU fehlen eine gemeinsame Strategie und politischer Wille und folglich auch Instrumente zur konsequenten Verfolgung ihrer Interessen im bilateralen Verhältnis zu China. Die Volksrepublik als ungemein pragmatischer und flexibler Akteur hat dagegen längst von den USA gelernt, wie leicht die Europäer nach dem alten römischen Prinzip des *divide et impera* zu führen sind. Tatsächlich setzt China stark auf bilaterale Kontakte zu wichtigen EU-Mitgliedstaaten.

Sich seiner eigenen Fähigkeiten nicht bewusst zu sein ist nach dem Klassiker strategischen Denkens in China, Sun Tzu, der sichere Weg, jeden Krieg, oder ziviler ausgedrückt, jeden Wettstreit mit einer Niederlage zu beenden. Wenn Europa mit Chinas Aufstieg Schritt halten will, wird es seine potenziellen Stärken entschlossener in tatsächliche Macht und Einfluss zu überführen haben.

In seiner Rede vor den neuen Kadetten der US-Heeresakademie West Point machte Präsident Obama noch einmal den globalen Führungsanspruch der USA deutlich: „America must always lead on the world stage. If we don't, no one else will.“ (Obama 2014) Zum „Paradox der amerikanischen Macht“ (Joseph Nye) gehört aber auch, dass die USA diesen Führungsanspruch nicht ohne Partner aufrechterhalten können – und diese Partner dürfen dabei auch etwas größeres Selbstbewusstsein an den Tag legen. Karl-Heinz Kamp (2014) stellt völlig zu Recht fest: „Even if in terms of power politics the European Union is a toothless tiger, it nevertheless has influence in regions where skepticism over Washington's superpower attitudes is strong.“ Dieses Gewicht kann Europa auch in Asien einbringen, einerseits um den immer noch vorhandenen westlichen Wertekonsens über wesentliche Grundzüge der globalen Ordnung zu stärken, aber auch, um sich in der Region neben den USA und auch gegenüber China zu behaupten.

#### 5. Perspektiven

Europa ist mehr als zwanzig Jahre nach seiner glücklichen und friedlichen Wiedervereinigung aus seiner ‚Jugendzeit‘ herausgewachsen und kann – zumindest seinem Potenzial nach – selbst für seine Sicherheit sorgen. Eine Sicherheitsbedrohung, die eine massive amerikanische Präsenz erfordern würde, ist in absehbarer Zukunft nicht auszumachen – daran wird auch die Ukraine-Russland-Krise wohl nichts Grundlegendes ändern. Aufgrund der genannten Gemeinsamkeiten werden die transatlantischen Beziehungen auch in Zukunft von besonderer Bedeutung sein. Dennoch hält der partielle Rückzug der USA aus Europa zwei Botschaften bereit:

Die eine lautet *mission accomplished*: Europa hat gelernt auf eigenen Beinen zu stehen und kann selbst für seine Sicherheit sorgen. Bei aller Wertschätzung für Europa schwingt dabei aber auch die amerikanische Überzeugung mit, dass dieses Europa auf absehbare Zeit keine Herausforderung für den Machtanspruch der USA auf der globalen Ebene darstellen wird.

Die zweite Botschaft lautet, dass Europa mit dieser Rolle auch zurechtkommen muss. Die Ermahnungsrede, die US-Verteidigungsminister Robert Gates 2011 kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt hielt, klingt fort: „The non-U.S. NATO members collectively spend more than \$300 billion U.S. dollars on defense annually which, if allocated wisely and strategically, could buy a significant amount of usable military capability. Instead, the results are significantly less than the sum of the parts” (Gates 2011). Europa muss mehr Anstrengungen für seine eigene Sicherheit unternehmen und kann sich nicht immer nur auf die USA verlassen. Europa bleibt also nicht allein zuhause, sondern wird im Rahmen der NATO, vor allem aber um seiner eigenen Handlungsfähigkeit willen, eigenständiger werden und größere Lasten schultern müssen. Hierzu wird Europa in Zukunft eine größere Einheit und Kohärenz hinsichtlich seines außenpolitischen Auftretens ausbilden müssen. Dazu gehört auch die Herausbildung einer eigenständigeren Rolle in der Welt, um sich Einflussmöglichkeiten sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber China zu sichern.

Dies jedoch gehört traditionell zu den besonders schwierigen Politikfeldern. Im Bereich ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) setzen die Europäer weiterhin strikt auf intergovernmentale Abstimmungsprozesse. Andererseits hat sich Europa in seiner Nachkriegsgeschichte stets als dauerhafter Krisenbewältigungsmechanismus erwiesen, der die eigenen Funktionsweisen immer wieder im Interesse stärkerer Gemeinschaft verändern konnte. Der Aufstieg Chinas wie auch der partielle Rückzug der USA aus Europa können als externe Impulse betrachtet werden, die Anstöße für weitere europäische Bemühungen um eine Vertiefung ihrer GASP-Mechanismen geben. Das neue globale Mächtekonzert stellt Europa vor eine entscheidende Wegmarke: Es kann an den Herausforderungen der neuen Geopolitik wachsen, seinen Integrationsprozess fortführen und so zu einer klugen Macht in einer multipolaren Welt werden. Es kann sich aber auch zu einer Ansammlung wenig relevanter Klein- und Mittelstaaten entwickeln.

## Literaturverzeichnis

Bräuner, Oliver (2102): Where to next for China and the European Union? SIPRI Expert Comments, 21. September 2012. Online: [http://www.sipri.org/media/expert-comments/Brauner\\_21Sept](http://www.sipri.org/media/expert-comments/Brauner_21Sept).

Clinton, Hillary Rodham (2011): America's Pacific Century. In: *Foreign Policy*, 189, November 2011, S. 56-63.

Czempiel, Ernst-Otto (1992): *The United States, Japan, and Asia. New Constellations but Old Politics*. Frankfurt am Main, PRIF Reports 27.

Gareis, Sven Bernhard 2014: China und die Welt – Welche Ziele verfolgt die Volksrepublik? In: *Der Mittler Brief* (1): S. 1-8.

Gates, Robert M. (2011): *The Security and Defense Agenda (Future of NATO)* Online: <http://www.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1581>.

Kamp, Karl-Heinz 2014: NATO's European members, too, should pivot to Asia. In: *Europe's World* vom 24. Februar 2014. Online: <http://europesworld.org/2014/02/24/natos-european-members-too-should-pivot-to-asia/#.U6W75oGkbIU>.

Krauthammer, Charles 1990/91: The Unipolar Moment. In: *Foreign Affairs* Vol. 70, No. 1, 1990/91 (1990/1991), S. 23-33.

Lai, David/Steven Cameron 2014: Fixing the U.S. Rebalance to the Asia-Pacific. In: *The Diplomat* 12. Juni 2014. Online: <http://thediplomat.com/2014/06/fixing-the-u-s-rebalance-to-the-asia-pacific/>.

Landler, Mark (2010): Offering to Aid Talks, U.S. Challenges China on Disputed Islands. *The New York Times* vom 23. Juli 2010.

McManus, Doyle 2014: Chuck Hagel: The Asia pivot is still on. In: *Los Angeles Times* vom 30. März 2014. Online: <http://articles.latimes.com/2014/mar/30/opinion/la-oe-mcmanus-column-hagel-asia-20140330>.

Nathan, Andrew J./Scobell, Andrew 2012: How China Sees America. In: *Foreign Affairs*. 16 Aug. 2012. Online: <http://www.foreignaffairs.com/articles/138009/andrew-j-nathan-and-andrew-scobell/how-china-sees-america>.

Obama, Barack (2011): Remarks by President Obama to the Australian Parliament, 17. November 2011, <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament>.

Obama, Barack 2014: Remarks by the President at the United States Military Academy Commencement Ceremony. Online: <http://www.whitehouse.gov/photos-and-video/video/2014/05/28/president-obama-speaks-west-point-graduates#transcript>.

Obama, Barack/Abe Shinzo 2014: Joint Press Conference with President Obama and Prime Minister Abe of Japan. Online: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/04/24/joint-press-conference-president-obama-and-prime-minister-abe-japan>.

Ross, Robert S. 2014: The Problem With the Pivot. In: *Foreign Affairs*. 1 Nov. 2012. Online: <http://www.foreignaffairs.com/articles/138211/robert-s-ross/the-problem-with-the-pivot>.

U.S. Department of Commerce 2014: U.S. Census Bureau/ U.S. Bureau of Economic Analyses News. [http://www.census.gov/foreign-trade/Press-Release/current\\_press\\_release/ft900.pdf](http://www.census.gov/foreign-trade/Press-Release/current_press_release/ft900.pdf).

Thayer, Carl 2014: Analyzing the US-Philippines Enhanced Defense Cooperation Agreement. In: *The Diplomat* vom 2. Mai 2014. Online: <http://thediplomat.com/2014/05/analyzing-the-us-philippines-enhanced-defense-cooperation-agreement/>.

Wergin, Clemens 2014: America needs a Pivot to Europe. In: *The New York Times* vom 3. April 2014. Online: [http://www.nytimes.com/2014/04/04/opinion/wergin-america-needs-a-pivot-to-europe.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/04/04/opinion/wergin-america-needs-a-pivot-to-europe.html?_r=0).